

Musikschule bleibt bestehen

HERRENBERG-URTEIL Kommunen wollen Zuschüsse erhöhen

VON LAURA OEHL

Ostkreis – Mit dem Herrenberg-Urteil von 2022 hat das Bundessozialgericht Musikschulen vielerorts vor große Herausforderungen gestellt. Statt wie bisher als Honorarkräfte, also freischaffend, müssen die Lehrkräfte nun in der Regel fest angestellt werden. „Unsere Lehrer sind Freigeister, viele von ihnen waren noch nie in einem solchen Beschäftigungsverhältnis“, sagt Jürgen Rollmann, Vorsitzender der Musikschule Seligenstadt-Hainburg-Mainhausen. Seit dem 1. Oktober habe man nun nahezu alle der 36 Lehrkräfte fest anstellen können.

Funktioniert hat das auch, weil die drei Kommunen, die die Musikschule gemeinsam mit dem dahinter stehenden Verein tragen, mehr Unterstützung zugesagt haben. Sowohl in Seligenstadt als auch in Hainburg und Mainhausen sollen die Zuschüsse für die Musikschule erhöht werden. So zahlte die Stadt Seligen-



Auch in den kommenden Jahren soll im Musikschulhaus am Seligenstädter Freihofplatz weiter unterrichtet werden können. Dafür steigen die Zuschüsse der Kommunen. ARCHIVFOTO: MHO

stadt bisher beispielsweise jährlich 80 000 Euro, ab 2025 soll diese Summe auf 200 000 Euro steigen. Ein immenser Sprung – auch mit Blick auf die angespannte Haushaltslage der Kommunen, die Bürgermeister Daniell Bastian (FDP) jüngst in seinem Haushaltsentwurf auch den Stadtverordneten verdeutlicht hat. „Die 200 000 Euro sind in den Haushalt für 2025 eingestellt, alles andere liegt in den Händen des Parlaments“, sagte Bastian bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinen Amtskollegen aus den Nachbarorten und den Verantwortlichen der Musikschule.

In den Gremien, betonte auch Hainburgs Bürgermeister Christian Spahn (CDU), habe es ob der erhöhten Summe natürlich Diskussionen gegeben. „Wir sind aber alle schnell zu der Erkenntnis gekommen, dass die Musikschule wichtig ist und erhalten werden sollte.“ Für Hainburg fallen demnach ab dem kommenden Jahr 22 000 Euro zusätzlich an. Mainhausen will seinen Zuschuss um 27 000 Euro erhöhen.

Damit die Lehrkräfte der Musikschule ihre neuen Verträge bereits zum Oktober 2024 unterschreiben konnten, hatten alle drei Kommunen schon für das letzte Quartal des Jahres weiteres Geld zugesprochen. Seligenstadt steuerte dabei einmalig 30 000 Euro bei, Hainburg 5450 Euro und Mainhausen 6801 Euro. Geld, das in den Haushalten für 2024 ursprünglich nicht vorgesehen gewesen war.

Für die Musikschule bedeutet die Unterstützung der Kommunen eine große Erleichterung. Denn durch die erheblich höheren Personalkosten bestand auch im Schulhaus am Seligenstädter Freihofplatz die Angst, schließen zu müssen. „Das Thema beschäftigt uns schon das ganze Jahr“, sagte Vorsitzender Jürgen Rollmann. Schon früh habe er sich an die Kommunen gewandt, um die Zukunft der Musikschule zu sichern. Auch die Beiträge für den Unterricht – ausgenommen die elementare Musikpädagogik – sollen ab Januar steigen. Der Musikschul-Vorstand hat dafür eine Erhöhung um rund 15 Prozent be-



Wollen die Musikschule erhalten: Hainburgs Bürgermeister Christian Spahn, Kollege Frank Simon (SPD) aus Mainhausen, Schulleiter Ingo Negwer, Vorsitzender Jürgen Rollmann und Seligenstadts Bürgermeister Daniell Bastian (v.l.).

FOTO: OEHL

schlossen. „Damit sollten wir gut 30 000 Euro jährlich zusätzlich generieren“, sagte Schulleiter Ingo Negwer. Wichtig sei aber auch, die Beiträge nicht zu hoch zu setzen. „Wir haben ja auch eine Sozialverantwortung“, sagte Negwer. „Wir hoffen, dass es wegen der neuen Preise zu keiner Kündigungswelle kommt, was sich aber derzeit so noch nicht abzeichnet.“

Knapp 70 Prozent des Budgets der Musikschule tragen die Beiträge der Schüler. Zusammen mit den höheren Zuschüssen der Kommunen sei nun sicher, dass der Betrieb weitergeht. Ein „Damoklesschwert“ schwebt aber noch

über ihnen, sagt Jürgen Rollmann. Denn die Beiträge für die Sozialversicherung, die die Musikschule nun durch die Festanstellung zahlt, sollen voraussichtlich bis zum Jahr 2023 nachgezahlt werden. „Wir haben jetzt erst mal unser Budget, aber der Blick nach hinten ist noch immer unsicher.“

Für die Lehrkräfte bedeutet der Wechsel von der freischaffenden Arbeit in die Festanstellung zum einen zwar weniger Flexibilität, gleichzeitig aber auch mehr Sicherheit. Denn damit sind sie nun nicht nur sozialversichert, sondern bekommen auch bei Krankheit weiter

Lohn gezahlt. „Die Situation mit den Beschäftigungsverhältnissen in den Musikschulen war bisher schwierig“, sagt Seligenstadts Bürgermeister Bastian. Mit den neuen Verträgen müssten die Kommunen zwar eine Menge Geld bereitstellen, aber „wir alle profitieren davon, dass viele der dort Lehrenden in der Regel aus dem Hochschulbereich kommen und selbst regelmäßig auf Tournee sind. Damit verfügen sie neben der hohen Kompetenz auch über viel Erfahrung und gute Kontakte, weit über die Ostkreisgrenzen hinaus“, sind sich die Bürgermeister einig.